



Wirtschaftspolitik

Module der Volkswirtschaftslehre
Band III

von

Prof. Dr. Lothar Wildmann

Duale Hochschule Baden-Württemberg,
Villingen-Schwennigen

2. überarbeitete und verbesserte Auflage

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Dr. Stefan Giesen
Herstellung: Constanze Müller
Titelbild: thinkstockphotos.de
Einbandgestaltung: hauser lacour
Gesamtherstellung: Grafik & Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-70768-7

Vorwort zur 2. Auflage

Die erste Auflage dieses VWL-Buches in drei Bänden wurde von den Studenten und Studentinnen sehr gut angenommen. Den Studierenden verdanke ich viele interessante und wertvolle Anregungen, die nun auch in diese zweite Auflage des dritten Bandes aufgenommen wurden. Und auch dieser dritte Band wurde – wie bei Band I und Band II schon geschehen – vollständig überarbeitet und aktualisiert, wobei ich die modulare Ausgestaltung als bewährtes Konzept beibehalten habe.

Module der Volkswirtschaftslehre

Die drei Bände beinhalten die wichtigsten Themen der Volkswirtschaftslehre im Rahmen eines Bachelorstudiums an Hochschulen und Universitäten. Thematische Grundlage ist der Modulplan der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Jeder Band entspricht einem Studienjahr beziehungsweise einer Moduleinheit. Die Bände bauen thematisch aufeinander auf, sind aber unabhängig voneinander konzipiert, so dass jeder Band für sich gelesen werden kann. Die drei Bände bieten somit eine verlässliche Grundlage für ein erfolgreiches Studium der Volkswirtschaftslehre.

Band I: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik

Modul 1.1: Einführung in die Volkswirtschaftslehre
Modul 1.2: Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik

Band II: Makroökonomie, Geld und Währung

Modul 2.1: Makroökonomie
Modul 2.2: Geld und Währung

Band III: Wirtschaftspolitik

Modul 3.1: Wirtschaftspolitik I: Stabilisierungspolitik
Modul 3.2: Wirtschaftspolitik II: Finanz- und Sozialpolitik

Das Buch ist in der Sprache der Studierenden geschrieben. Es ist eingängig, verständlich und leicht zu lesen. Ökonomische Kenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Fachbegriffe werden „übersetzt“ und erläutert. Hinzu kommen zahlreiche Abbildungen, Beispiele und Praxisfälle.

Anregung

Will man sich mit dem Thema Essen und Ernährung befassen, ist es eine Sache, Kalorien zu zählen, Nährwerte zu errechnen, den Vitamingehalt zu bestimmen und Vorschläge für vernünftiges Ernähren zu geben. Dem Thema ganzheitlich gerecht zu werden, ist eine ganz andere Sache. Hier geht es um Befindlichkeiten, um Rituale, um kulturelle Belange und religiöse Aspekte.

Analog verhält es sich mit der Wirtschaft. Was beim Essen Kalorien und Vitamine sind, definieren sich in der Wirtschaft als Produktionsfaktoren und Zahlungsmittel. Und was auf der einen Seite als vernünftiges Ernährungsverhalten propagiert wird, entspricht auf der anderen Seite rationalem ökonomischen Handeln. Rationalität und Objektivität stehen im Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Analyse – einerseits. Andererseits sieht sich die Ökonomie mit dem letztlich unkalkulierbaren Verhalten des Menschen und nicht vorhersehbaren Ereignissen konfrontiert.

In diesem Spannungsfeld von Gesetzmäßigkeiten und Zufällen, von Berechenbarkeit und subjektivem Verhalten bewegt sich die Ökonomie. Wirtschaft ist eingebettet in eine Geschichte; sie ist von Menschen geprägt; sie betrifft uns und macht uns betroffen.

Dieses Spannungsfeld soll auch in diesem Buch zum Ausdruck kommen. Es beinhaltet Fakten und Formeln, Grundlagen und Gesetze der Ökonomie, doch immer vor dem Hintergrund, dass hinter diesen Objektivitäten Menschen und Meinungen stehen und die Wirtschaft und deren Lehre nicht statisch sind sondern facettenreich und lebendig.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude beim Entdecken der Ökonomie und viel Erfolg beim Studium.

wildmann@t-online.de
wildmann@dhbw-vs.de

Lothar Wildmann

Hausen ob Verena, im Sommer 2011

Für meine Töchter Vanessa und Adriana

Inhaltsverzeichnis

Modul: 3.1 Stabilisierungspolitik

1	Einführung in die Wirtschaftspolitik	3
1.1	Definition von Wirtschaftspolitik	3
1.2	Funktionen der Wirtschaftspolitik	4
1.2.1	Ordnungspolitik	5
1.2.2	Ablaufpolitik	5
1.2.3	Strukturpolitik	6
1.2.3.1	Drei-Sektoren-Modell	6
1.2.3.2	Sektoraler Strukturwandel	7
1.3	Akteure der Wirtschaftspolitik	9
1.3.1	Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene	10
1.3.1.1	Staatliche Gewalt und Gebietskörperschaften	10
1.3.1.2	Träger mit öffentlich-rechtlichen Entscheidungs-, Beratungs- und Informationsfunktionen	11
1.3.1.3	Träger mit privatrechtlichen Entscheidungs- und Informationsfunktionen	12
1.3.2	Europäische Union und supranationale Ebene	14
1.3.3	Internationaler Sektor	15
1.4	Ziele der Wirtschaftspolitik	18
1.4.1	Zielbeziehungen	18
1.4.2	Zielkonflikte	19
2	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	21
2.1	Definition von Arbeitslosigkeit	21
2.1.1	Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote	21
2.1.2	Kennziffern des Arbeitsmarktes	23
2.1.3	Die Beveridge-Kurve	24
2.1.4	Daten und Fakten: Arbeitslosigkeit in Deutschland und Europa	25
2.1.4.1	Arbeitslosigkeit in ihrer regionalen Differenzierung	25
2.1.4.2	Arbeitslosigkeit in ihrer zeitlichen Entwicklung	27
2.2	Arten und Ursachen der Arbeitslosigkeit	28
2.2.1	Friktionelle Arbeitslosigkeit	28
2.2.2	Saisonale Arbeitslosigkeit	29
2.2.3	Konjunkturelle Arbeitslosigkeit	29
2.2.3.1	Okunsches Gesetz	29
2.2.3.2	Nachfrage- und Angebotsarbeitslosigkeit	31

2.2.4	Strukturelle Arbeitslosigkeit	32
2.2.4.1	Sektorale Arbeitslosigkeit	32
2.2.4.2	Regionale Arbeitslosigkeit	33
2.2.4.3	Demografische Arbeitslosigkeit	34
2.2.4.4	Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit	35
2.2.4.5	Technologische Arbeitslosigkeit	35
2.2.5	Institutionelle Arbeitslosigkeit	36
2.2.6	Exkurs: Fluch oder Segen der Arbeit?	37
2.3	Lohn und Beschäftigung	38
2.3.1	Tarifpolitik und Insider-Outsider-Problematik	38
2.3.2	Kaufkraft- versus Kostenargument	40
3	Preisniveaustabilität und Inflation	43
3.1	Inflation im Spannungsfeld von Deflation und Hyperinflation	43
3.1.1	Fall 1: Deflation und der Zauberer von Oz	43
3.1.2	Fall 2: Hyperinflation in Deutschland	44
3.1.3	Fall 3: „Normale“ Inflation – Freund oder Feind?	46
3.2	Definition, Berechnung und Messung der Inflation	48
3.2.1	Definition von Inflation	48
3.2.2	Bestimmung und Berechnung der Inflationsrate	49
3.2.3	Messung der Inflation in Deutschland	51
3.2.3.1	Festlegung des Warenkorb	51
3.2.3.2	Feststellung der Preise der Güter	52
3.2.3.3	Berechnung des Warenkorbwertes	53
3.2.3.4	Berechnung der Preisindizes und der Inflationsraten	53
3.3	Inflationsursachen	55
3.3.1	Notenpresse, Ölpreiskrise und Rohstoffknappheit	55
3.3.2	Nachfrageinflation	56
3.3.2.1	Nachfrageinflation als Nachfrageüberhang	56
3.3.2.2	Ursachen für Nachfragesteigerungen	57
3.3.3	Angebotsinflation	58
3.3.3.1	Angebotslückeninflation	58
3.3.3.2	Kostendruckinflation und Lohndruckinflation	59
3.3.3.3	Gewinndruckinflation	61
3.3.4	Geldmengeninflation	61
3.3.5	Arten von Inflation	63
3.4	Inflationswirkungen und -probleme	64
3.4.1	Einkommensverluste durch Inflation	64
3.4.1.1	Kaufkraftverlust durch Inflation	64
3.4.1.2	Die Inflationssteuer – Kosten der Bargeldhaltung	65
3.4.1.3	Einkommensverluste durch kalte Progression	66
3.4.1.4	Besteuerung inflationsbedingter Scheingewinne	67
3.4.1.5	Lohn-Lag-Hypothese	68
3.4.2	Vermögensverluste	68

3.4.3	Transaktionskosten	69
	3.4.3.1 Schuhsohlenkosten.....	69
	3.4.3.2 Speisekartenkosten.....	70
3.4.4	Wertverlust und ordnungspolitische Probleme	71
3.5	Inflationsvermeidung und -bekämpfung	71
3.6	Die Phillips-Kurve.....	72
3.6.1	Originäre Phillipskurve	72
3.6.2	Modifizierte Phillipskurve	73
4	Konjunktur- und Wachstumspolitik.....	77
4.1	Konjunktur und Wirtschaftswachstum	77
4.1.1	Definition von Konjunktur	77
	4.1.1.1 Begriff der Konjunktur	78
	4.1.1.2 Konjunktur und Bruttoinlandsprodukt	78
	4.1.1.3 Konjunktur und Produktionspotential	79
	4.1.1.4 Konjunktur und Volkseinkommen	80
4.1.2	Konjunkturverläufe in der Praxis	81
4.2	Der Konjunkturzyklus.....	82
4.3	Konjunkturindikatoren	84
4.4	Arten von Konjunkturzyklen.....	86
4.4.1	Kitchin-Zyklus	86
4.4.2	Juglar-Zyklus	87
4.4.3	Kondratieff-Zyklus	87
4.5	Konjunkturtheorien.....	88
4.5.1	Stand der Konjunkturforschung	88
4.5.2	Sonnenfleckentheorie.....	89
4.5.3	Überinvestitionstheorie und Unterkonsumptionstheorie	90
	4.5.3.1 Überinvestitionstheorie	90
	4.5.3.2 Unterkonsumptionstheorie	91
4.5.4	Monetäre Theorien.....	91
4.5.5	Schumpetersche Konjunkturtheorie	92
4.5.6	Politische Ansätze	93
4.6	Wachstum	94
4.6.1	Investitionen, Wachstum und Wohlstand.....	94
4.6.2	Catch-up-Effekt.....	95
4.6.3	Basiseffekt	97
5	Außenwirtschaft	99
5.1	Deutschland – die Exportnation	99
5.1.1	Die größten Exporteure und Importeure der Welt.....	99
5.1.2	Deutschlands Handelspartner und Handelswaren	100
5.1.3	Ausfuhrrekorde und Handelsüberschüsse	102
5.1.4	Importabhängigkeit Deutschlands.....	103
5.1.5	Welthandel und Wohlstand	105

5.2	Außenhandelstheorien	106
5.2.1	Theorem des komparativen Kostenvorteils	106
	5.2.1.1 Ricardo und der Methuen-Vertrag	106
	5.2.1.2 Absolute Kostenvorteile	107
	5.2.1.3 Komparative Kostenvorteile	108
	5.2.1.4 Weiterentwicklung des Theorems	109
5.2.2	Das Faktorproportionen-Theorem	110
5.2.3	Theorem vom Faktorpreisausgleich	111
5.3	Protektionismus und Welthandel	114
5.3.1	Freihandel versus Protektionismus	114
5.3.2	Die Welthandelsorganisation	115
5.3.3	Die Welthandelsrunden	116
6	Umweltpolitik	119
6.1	Das Prinzip der Nachhaltigkeit	119
6.1.1	Umweltkonferenz von Rio und Agenda 21	119
6.1.2	Definition und Konzept der Nachhaltigkeit	121
	6.1.2.1 Definition von Nachhaltigkeit	121
	6.1.2.2 Das Nachhaltigkeitsdreieck	121
	6.1.2.3 Life-Support-Funktionen	122
	6.1.2.4 Nachhaltigkeitsregeln	123
6.1.3	Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	124
	6.1.3.1 Problembereiche und Umweltbarometer	125
	6.1.3.2 Umweltindex Nachhaltigkeit	125
6.1.4	Kyoto-Protokoll und Treibhausgasreduzierung	126
6.2	Der Handel mit Umweltzertifikaten (Emissionshandel)	128
6.2.1	Stand der Dinge	128
6.2.2	Konzept des Emissionshandels	129
6.3	Externe Effekte	130
6.3.1	Definition und Merkmale externer Effekte	130
6.3.2	Volkswirtschaftliche Kosten und Internalisierung externer Effekte ...	131
6.4	Prinzipien der Umweltpolitik	133
6.4.1	Verursacherprinzip	134
6.4.2	Geschädigten- oder Betroffenenprinzip	134
6.4.3	Gemeinlastprinzip	134
6.4.4	Kooperationsprinzip	135
6.4.5	Nach-uns-die-Sinflut-Prinzip (Laisser-faire)	135
6.4.6	Umweltprinzipien am Beispiel Coladose und Flussverschmutzung ...	136
6.5	Maßnahmen zum Umweltschutz	137
6.5.1	Selbstverpflichtung und freiwilliger Umweltschutz	137
6.5.2	Private Verhandlungslösung – Coase-Theorem	138
6.5.3	Staatliche Regulierung durch Gebote und Verbote	139
6.5.4	Besteuerung umweltschädlichen Verhaltens – Pigou-Steuer	139
6.5.5	Fallbeispiel zur Anwendung der verschiedenen Maßnahmen im Umweltbereich	141

Modul: 3.2

Finanz- und Sozialpolitik

7	Verteilungsgerechtigkeit.....	147
7.1	Was ist gerecht?	147
7.1.1	Gerechtigkeitsempfinden	147
7.1.2	Gerechtigkeitsbegriff	149
7.2	Gerechtigkeitsphilosophien	151
7.2.1	Utilitarismus.....	151
7.2.1.1	Das größte Glück der größten Zahl.....	151
7.2.1.2	Durch Umverteilung zu einer höheren Gesamtwohlfahrt?....	152
7.2.1.3	Einwände gegen Umverteilung.....	154
7.2.2	Das Pareto-Kriterium	155
7.2.2.1	Wohlfahrtsökonomie und Einkommensverteilung.....	155
7.2.2.2	Gleichverteilung versus Ungleichverteilung	156
7.2.2.3	Optimaler Ressourcengebrauch und Pareto-Kriterium	157
7.2.3	Gerechtigkeitsphilosophie des John Rawls	158
7.2.4	Egalitarismus.....	160
7.2.4.1	Juristische und politische Gleichheit.....	160
7.2.4.2	Wirtschaftliche und soziale Gleichheit	161
7.2.4.3	Gleichheit bei Ungleichheit?.....	163
7.2.5	Chancengerechtigkeit.....	163
7.3	Verteilungskriterien in der Praxis.....	165
8	Einkommen und Vermögen	169
8.1	Definition und Systematik von Einkommen	169
8.2	Funktionale Einkommensverteilung	172
8.2.1	Definition und Berechnung der Lohnquote.....	172
8.2.1.1	Definition der Lohnquote.....	172
8.2.1.2	Absolute und relative Veränderung der Lohnquote	173
8.2.2	Höhe und Entwicklung der Lohnquote in der Praxis	174
8.2.3	Bereinigte Lohnquote.....	174
8.2.4	Arbeitseinkommensquote.....	176
8.3	Personelle Einkommensverteilung	178
8.3.1	Entwicklung und Zusammensetzung der Einkommen	178
8.3.2	Die Lorenzkurve	180
8.3.2.1	Der Gini-Koeffizient.....	181
8.3.2.2	Die Lorenzkurve am Beispiel der Haushaltseinkommen	183
8.4	Einkommen und Vermögen	184
8.4.1	„Die Taschen voller Geld“	184
8.4.2	Der Vermögensbegriff.....	185
8.4.2.1	Bilanzieller Vermögensbegriff.....	185
8.4.2.2	Vermögen als Talent.....	185
8.4.3	Vermögenspolitik.....	187

9	Staatseinnahmen und Staatsausgaben	191
9.1	Definition von Finanz- und Fiskalpolitik	191
9.2	Ausgaben des Staates	193
9.2.1	Öffentliche Güter	193
9.2.2	Sozialleistungen	195
9.2.3	Subventionen.....	195
9.2.4	Staatsausgaben nach Ressorts	197
9.3	Einnahmen des Staates	197
9.4	Steuern	198
9.4.1	Entwicklung der Steuereinnahmen	199
9.4.2	Mehrwertsteuer	201
9.4.3	Einkommensteuer	203
9.4.3.1	Zielsetzungen der Einkommensteuer	203
9.4.3.2	Vor- und Nachteile verschiedener Einkommensteuermodelle	204
9.4.3.3	Die negative Einkommensteuer	209
9.4.3.4	Einkommensteuermodell in Deutschland	210
9.4.4	Steueraufkommen und Steuervermeidung	212
9.4.5	Laffer-Kurve	213
10	Verschuldung, Staatsquote und Schattenwirtschaft.....	215
10.1	Gesamtverschuldung	215
10.1.1	Höhe und Entwicklung der Gesamtverschuldung	215
10.1.2	Die Schuldenquote	216
10.1.3	Staatsverschuldung im Vergleich mit anderen Ländern.....	218
10.2	Haushaltsdefizit.....	219
10.2.1	Höhe und Entwicklung des Haushaltsdefizits	219
10.2.2	Neuverschuldung und Investitionsausgaben	221
10.3	Bedeutung und Problematik der Staatsverschuldung	223
10.3.1	Sind Schulden schlimm?	223
10.3.2	Bonität Deutschlands	224
10.4	Die Staatsquote.....	226
10.4.1	Definition und Sollgröße der Staatsquote	226
10.4.2	Die Staatsquote im Zeitablauf und internationalen Vergleich	227
10.4.3	Abgabenquote	228
10.5	Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit	230
10.5.1	Definition und Messung von Schwarzarbeit	230
10.5.2	Entwicklung der Schwarzarbeit in Deutschland	231
10.5.3	Schwarzarbeit im internationalen Vergleich	232
10.5.4	Ursachen und Bekämpfung der Schwarzarbeit	232

11	Sozialpolitik und Daseinsvorsorge.....	235
11.1	Einführung in die Sozialpolitik.....	235
11.1.1	Definition und Systematik der Sozialpolitik	235
11.1.2	Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien der Sozialpolitik	237
11.2	Das System der sozialen Sicherung	243
11.2.1	Zielsetzungen und Finanzierung des Systems der sozialen Sicherung	243
11.2.2	Gründe für eine verpflichtende Solidarversicherung	245
11.3	Das System der Sozialversicherung in Deutschland	246
11.3.1	Beitragsätze und Beitragsbemessungsgrenzen	247
11.3.2	Sozialleistungen	249
12	Gesundheit, Alter und Arbeit	251
12.1	Gesundheitspolitik	251
12.1.1	Gesundheit und Krankheit – ein paar Fakten	251
12.1.2	Das Krankenversicherungssystem	253
12.1.2.1	Die gesetzliche Krankenversicherung.....	253
12.1.2.2	Die private Krankenversicherung	255
12.1.3	Akteure des Gesundheitswesens	256
12.1.4	Die gesetzliche Pflegeversicherung	257
12.2	Rentenpolitik und Altersvorsorge	258
12.2.1	Das System der Altersvorsorge.....	258
12.2.2	Die gesetzliche Rentenversicherung	258
12.2.3	Lebenserwartung und Geburtenraten	262
12.2.4	Rentenformel und Rentenniveau.....	263
12.3	Arbeitsmarktpolitik	265
12.3.1	Arbeitslosenversicherung und -unterstützung	265
12.3.2	Problematik und Lösungsansätze der Arbeitslosenversicherung	266
12.3.3	Aktive Arbeitsmarktpolitik	267
12.3.4	Bundesagentur für Arbeit.....	268
12.3.5	Sozialhilfe	269
	Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	273
	Abbildungsverzeichnis	275
	Literaturverzeichnis	279
	Internet-Adressen.....	283
	Stichwortverzeichnis	285

Modul 3.1

Stabilisierungspolitik

1 Einführung in die Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik verbindet zwei Elemente, die zuerst einmal nicht zueinander zu passen scheinen, die Wirtschaft und die Politik. Denn Wirtschaft ist Sache der Wirtschaft und Politik Sache des Staates.

Nun kann man aber nicht leugnen, dass der Staat eine nicht unwesentliche Rolle in der Ordnung und Gestaltung der Wirtschaft spielt. Insofern sind in diesem Kapitel zur Wirtschaftspolitik Fragen zu beantworten, welcher Art diese Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft ist.

Einleitend erfolgt eine Definition von Wirtschaftspolitik mit der Beschreibung der Ziele und Funktionen sowie der Akteure und Träger der Wirtschaftspolitik. Im Anschluss an dieses Kapitel zur Einführung in die Wirtschaftspolitik werden die einzelnen inhaltlichen Themenfelder der Wirtschaftspolitik dargestellt. Diese Themenfelder orientieren sich an den Zielsetzungen des Stabilitätsgesetzes (magisches Viereck) sowie an umwelt- und verteilungspolitischen Fragen. Hinzu kommen finanz- und sozialpolitische Themenbereiche.

Themenfelder der Wirtschaftspolitik:

- Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Preisniveaustabilität und Inflation
- Konjunktur und Wachstum
- Außenwirtschaft
- Umweltpolitik
- Einkommensentstehung und -verteilung
- Finanzpolitik
- Sozialpolitik

1.1 Definition von Wirtschaftspolitik

Eine einfache Definition von Wirtschaftspolitik lässt sich über die Begriffe der Ordnung, Steuerung und Gestaltung konstruieren.

Definition von Wirtschaftspolitik

- Gesamtheit aller Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Gestaltung einer Volkswirtschaft durch die Träger der Wirtschaftspolitik.

Zu beachten ist, dass diese Definition zwei Dimensionen der Wirtschaftspolitik beinhaltet, nämlich die Funktionen (Sachfrage) und die Personen (Personalfrage).

Mit Funktionen sind die Ordnung (z. B. Wettbewerbspolitik und -recht), die Steuerung (z. B. Konjunkturpolitik und Steuerreformen) und die Gestaltung (z. B. die Förderung bestimmter Branchen oder Regionen) einer Wirtschaft gemeint. Mit Personen sind die Träger der Wirtschaftspolitik wie z. B. der Wirtschaftsminister oder der Zentralbankpräsident gemeint.

Dimensionen der Wirtschaftspolitik:

Sachfragen: Welches sind die Funktionen der Wirtschaftspolitik?
 ➤ Ordnungs-, Ablauf- und Strukturpolitik.

Personalfragen: Wer macht Wirtschaftspolitik?
 ➤ Träger der Wirtschaftspolitik.

1.2 Funktionen der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik kann in Anlehnung an die obige Definition in drei grundlegende Bereiche beziehungsweise Funktionen gegliedert werden, nämlich in die Ordnungspolitik (Ordnung), Ablaufpolitik (Steuerung) und Strukturpolitik (Gestaltung).

Ordnung: → Ordnungspolitik

Steuerung: → Ablaufpolitik

Gestaltung: → Strukturpolitik

Diesen drei grundlegenden Funktionen lassen sich entsprechende Themenfelder zuordnen (Abbildung 1.01).

Funktionen der Wirtschaftspolitik		
Ordnungspolitik	Ablaufpolitik	Strukturpolitik
Wirtschaftsverfassung	Wirtschaftsentwicklung	Wirtschaftsbereiche
„Verfassungs“- und Wettbewerbspolitik (rechtlicher Rahmen)	Konjunktur- und Wachstumspolitik (Globalsteuerung)	Sektoral- und Regionalpolitik, evtl. Industrierpolitik
<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsrecht: z. B. Kartellverbot • Recht auf Privateigentum und Gemeinwohlverpflichtung (Art 14 GG) • Gewerbefreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerpolitik: z. B. Reform der Einkommensteuer • Investitionspolitik: z. B. Straßenbau oder Ausbau des ÖPNV 	<ul style="list-style-type: none"> • Subventionspolitik: z. B. Kohlepfeffig oder Agrarsubventionen • Regionalpolitik: z. B. Berlinförderung • Arbeitsmarktpolitik • Bildungspolitik

Abbildung 1.01: Funktionen der Wirtschaftspolitik.

1.2.1 Ordnungspolitik

Die Ordnungspolitik steht an erster Stelle und klärt die Frage, mit welcher Verfassung und Ordnung die Wirtschaft eines Staates ausgestattet sein soll. So geht es zuerst um die grundlegende Entscheidung zwischen Markt- und Planwirtschaft. Sodann erfolgt die rechtliche und institutionelle Ausgestaltung des Wirtschaftssystems. In Deutschland ist die Wirtschaft als Marktwirtschaft geordnet, genauer als Soziale Marktwirtschaft. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist diese Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft zwar nicht explizit erwähnt, aber bestimmte Formulierungen wie „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ in Artikel 20 oder das Recht auf Privateigentum in Artikel 14 fundieren eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung.

Ordnungspolitik:

- Verfassung und Ordnung einer Volkswirtschaft
- Rechtliche und institutionelle Ausgestaltung eines Wirtschaftssystems

Wettbewerbspolitik: Da das Wirtschaftssystem einer Marktwirtschaft den Wettbewerb als „conditio sine qua non“¹ enthält, heißt Ordnungspolitik im nächsten Schritt immer auch Wettbewerbspolitik. In Deutschland ist die Wettbewerbspolitik rechtlich durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) aus dem Jahre 1957 geregelt. Hier sind Themen wie die Überwachung des Verbotes von Kartellbildungen oder die Kontrolle von Fusionen behandelt.²

1.2.2 Ablaufpolitik

Mit Hilfe der Ablaufpolitik, auch Prozesspolitik genannt, versuchen staatliche Akteure den Ablauf der Wirtschaft zu steuern. Mit Ablauf der Wirtschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft, i.e. die Konjunktur, gemeint; insofern bedeutet Ablaufpolitik in erster Linie Konjunkturpolitik.

Ablaufpolitik:

- Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft
- ... insbesondere Konjunktur- und Wachstumspolitik

Konjunktur- und Wachstumspolitik: Nun kann aber die Konjunktur, also die Entwicklung einer Wirtschaft, gut oder schlecht sein. Die Wirtschaft kann sich in einer Rezession oder in einer Boomphase befinden; sie kann sich abschwächen oder sie kann an Fahrt gewinnen. Stagniert die Wirtschaft oder ist sie sogar rückläufig, sollte Konjunkturpolitik bedeuten, die Wirtschaft zu stärken, also für mehr

¹ Notwendige Bedingung, ohne die etwas nicht geht.

² Zum Thema Wettbewerbspolitik vgl. auch Band I „Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie und Wettbewerbspolitik“, 2010, Kapitel 15.

Wachstum zu sorgen. Und insofern ist Ablaufpolitik nicht nur Konjunkturpolitik, sondern vor allem auch Wachstumspolitik. Im Übrigen ist mit Wachstum der Wirtschaft das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gemeint.

Steuerpolitik: Wie Konjunktur und Wachstum durch den Staat gesteuert und beeinflusst werden können, wird später noch Thema sein. An dieser Stelle sei schon einmal beispielhaft die Steuerpolitik angesprochen. Durch Steuererhöhungen oder Steuersenkungen könnte – so die Hoffnung – die Wirtschaft gedämpft oder in Schwung gebracht werden.

Globalsteuerung: Die Steuerung der Wirtschaft seitens des Staates unabhängig von bestimmten Branchen oder Regionen nennt sich Globalsteuerung. Die Wirtschaft im Gesamten (global) soll durch staatliche Maßnahmen gelenkt und gefördert werden (Steuerung).

1.2.3 Strukturpolitik

Werden einzelne Bereiche der Wirtschaft durch den Staat gefördert, spricht man von Strukturpolitik.

Strukturpolitik:

- Gestaltung und Förderung einzelner Wirtschaftsbereiche
- Sektorale und regionale Wirtschaftspolitik

Bereiche können Sektoren beziehungsweise Branchen (zum Beispiel die Landwirtschaft oder das Baugewerbe) oder auch Regionen (Bundesländer, Landkreise oder Kommunen) sein. Man spricht dann je nachdem von sektoraler oder regionaler Wirtschaftspolitik.

1.2.3.1 Drei-Sektoren-Modell

Betrachtet man Sektoren und Branchen, lässt sich eine Volkswirtschaft in drei klassische Sektoren einteilen, in den primären, sekundären und tertiären Sektor (Abbildung 1.02).

Primärer Sektor: Der primäre Sektor beinhaltet die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei. Man könnte sagen, dass dieser erste Sektor als ursprünglicher Sektor die Wirtschaftstätigkeiten beschreibt, die unmittelbar mit der Natur, der Erde, den Tieren und Pflanzen, den Rohstoffen zu tun haben. Die Gewinnung dieser Ressourcen umfasst die erste Stufe wirtschaftlicher Tätigkeit.

Sekundärer Sektor: Der sekundäre Sektor beinhaltet die Verarbeitung dessen, was die Erde hervorgebracht hat. Erze und Metalle werden zu Blechen und Schrauben verarbeitet. Äpfel, Wasser und Zucker werden zu Fruchtsäften verarbeitet. Holz und Schrauben werden zu Tischen verarbeitet. Industrie und Hand-

werk transformieren also in einer zweiten Stufe die ursprünglichen Ressourcen der Natur in bearbeitete und verarbeitete Güter. Es sind Produkte als das „Hervorgebrachte“ entstanden.

Sektoren	Branchen
Primärer Sektor	Landwirtschaftssektor: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. → Rohstoffe und Ressourcen
Sekundärer Sektor	Industriesektor: Bergbau, Industrie, Handwerk. → Produkte
Tertiärer Sektor	Dienstleistungssektor: Öffentliche und private Dienstleister, Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister. → Dienstleistungen

Abbildung 1.02: Drei-Sektoren-Modell.

Tertiärer Sektor: Neben der Gewinnung von Rohstoffen und der Verarbeitung dieser Rohstoffe zu Gütern, bedarf es des Transports, der Organisation, des Handels, der Geld- und Versicherungsgeschäfte und vieler weiterer Dienstleistungen, um das Funktionieren der Wirtschaft zu vervollständigen und zu optimieren. Der dritte Sektor beschreibt also die Gesamtheit der Dienstleistungen.

1.2.3.2 Sektoraler Strukturwandel

Will man die unterschiedliche Bedeutung der drei Sektoren einschätzen, lassen sich im Rückblick interessante Entwicklungen beobachten. Während in der Mitte des letzten Jahrhunderts noch ein Viertel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig war, sind es heute nur noch zwei Prozent.

Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren (prozentual) ³			
Sektor	Branche	1950	2010
Primärer Sektor	Landwirtschaft	25 %	2 %
Sekundärer Sektor	Industrie	43 %	25 %
Tertiärer Sektor	Dienstleistungen	32 %	73 %

Relativ gesehen spielt also der landwirtschaftliche Sektor heutzutage nur noch eine untergeordnete Rolle, wobei die Betonung auf dem *relativen* Anteil liegt. Denn absolut gesehen wird mehr denn je landwirtschaftlich erzeugt und produziert. In den westlichen Industrienationen herrscht nämlich Nahrungsmittelüberschuss und nicht Nahrungsmittelknappheit, aber im Verhältnis zum Industrie- und

³ Quelle: Statistisches Bundesamt.

Dienstleistungssektor hat der primäre Sektor einen großen Bedeutungsverlust erlitten.⁴

Die Bedeutungsverschiebung vom Agrar- und Industriesektor zum Dienstleistungssektor lässt sich auch im Wandel der Erwerbstätigenstruktur beobachten (Abbildung 1.03). Im Jahr 1950 war in Deutschland rund die Hälfte (49 Prozent) der Erwerbstätigen als Arbeiter beschäftigt, während der Anteil der Angestellten nur 17 Prozent betrug. Heute dagegen sind weit über die Hälfte (56 Prozent) als Angestellte beschäftigt und nur noch 27 Prozent als Arbeiter.

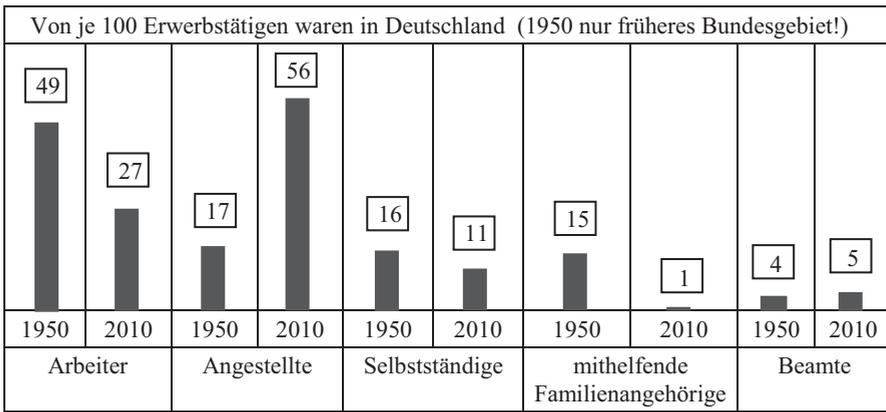


Abbildung 1.03: Wandel in der Erwerbstätigenstruktur. [Quelle: Statistisches Bundesamt]

Diese Entwicklung einer Volkswirtschaft von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft und dann zu Dienstleistungsgesellschaft lässt sich nicht nur in Deutschland, sondern generell feststellen (Abbildung 1.04).

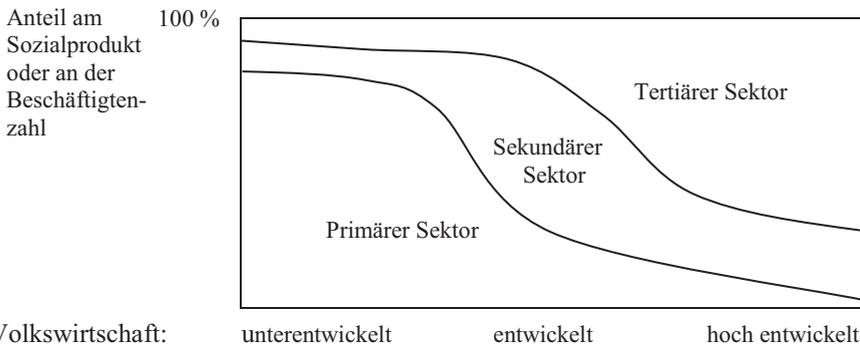


Abbildung 1.04: Sektoraler Strukturwandel nach der Drei-Sektoren-Theorie.

⁴ Zu früheren Zeiten, als der Bezug des Menschen zur Natur und zum Boden, quasi das (Über-)Leben aus der Erde heraus, ein viel unmittelbarer war als heute, hieß es denn auch: „Der Ackerbau ist die erste der Künste. Nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.“ (Preußenkönig Friedrich der Zweite).

Ein Zahlenvergleich der drei Sektoren in Entwicklungsländern, Schwellenländern und Industrieländern in den Jahren 1990 und 2001 belegt, dass vor allem der primäre Sektor abnimmt, während der tertiäre Sektor zunimmt – hier nun gemessen anhand des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 1.05).

Anteile der Sektoren in Prozent des Bruttoinlandsprodukts							
		Entwicklungsländer		Schwellenländer		Industrieländer	
		1990	2001	1990	2001	1990	2001
Landwirtschaft		29	24	14	10	3	2
				39	36	33	29
						64	70
Industrie		30	32		54		
Dienstleistungen		40	45	47			

Abbildung 1.05: Vergleich der Sektoren. [Quelle: Weltbank]

Die Entwicklung des Dienstleistungssektors darf wiederum nicht zu der falschen Annahme verleiten, dass mit dem Rückgang des Industriesektors weniger produziert wird. Es wird mehr denn je produziert, wobei jedoch der relative Anteil im Verhältnis zur absoluten Zunahme der Dienstleistungen abnimmt.

Der Dienstleistungssektor nimmt heutzutage eine so beherrschende Stellung ein, dass analog der Forderung, Wissen als vierten Produktionsfaktor einzuführen, auch der Wissens- und Informationssektor als vierter Sektor zu benennen wäre. Die nächsten Jahre werden zeigen, inwieweit sich Wissen als weiteres Modul – sei es als Produktionsfaktor oder als Wirtschaftssektor – in der Volkswirtschaftslehre etablieren wird.

1.3 Akteure der Wirtschaftspolitik

Wenn es um die Frage nach den Akteuren oder auch Trägern der Wirtschaftspolitik geht, steht hinter dieser Formulierung die Frage, wer eigentlich der Staat ist. Wirtschaftspolitik bedeutet per se, dass nicht die eigentlichen Wirtschaftsakteure, nämlich die Unternehmen und die Konsumenten Wirtschaft betreiben, sondern der Staat. Der Begriff „Staat“ ist jedoch vielschichtig, so dass dieser Begriff nun konkretisiert werden soll: Also wer ist der Staat? Wer macht Wirtschaftspolitik?

Die Antwort auf diese Frage kann anhand verschiedener Perspektiven gegeben werden. Diese sind:

- die nationalstaatliche Ebene: Bundesrepublik Deutschland
- die supranationale Ebene: Europäische Union
- die internationale Ebene: Weltgemeinschaft

Hinzu kommen auf nationaler Ebene halbstaatliche und privatrechtliche Institutionen, die wirtschaftspolitische Aufgaben erfüllen:

- der intermediäre Sektor: öffentlich-rechtliche Institutionen
- der private Sektor: privatrechtliche Institutionen

1.3.1 Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene

1.3.1.1 Staatliche Gewalt und Gebietskörperschaften

Zu definieren, wer und was der Staat auf nationalstaatlicher Ebene ist, führt in einem ersten Schritt zur grundgesetzlichen Definition des Staates im Sinne der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung. Der Begriff der Gewalt macht eine Aussage darüber, wer zum Beispiel ermächtigt ist, Gesetze zu erlassen, Menschen zu verurteilen und Menschen in Gefängnisse einzusperren. Diese Macht wird bei uns in Deutschland allein dem Staat zugestanden. Der Staat hat das Monopol und das alleinige Recht auf Gewalt (Gewaltmonopol).

„**horizontal**“: Die horizontale Gewaltenteilung beinhaltet nach Art. 20 GG die gesetzgebende Gewalt (Legislative), die ausführende bzw. vollziehende Gewalt (Exekutive) und die rechtsprechende Gewalt (Judikative).

„**vertikal**“: Unter vertikaler Gewaltenteilung versteht man die Aufteilung in Gebietskörperschaften (Föderalismus). Auf der nationalen Ebene der Bundesrepublik Deutschland sind dies die Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Abbildung 1.06).

horizontal vertikal	Legislative (gesetzgebend)	Exekutive (vollziehend)	Judikative (rechtsprechend)
Bund	Parlament Bundestag und Bundesrat	Bundesregierung Bundesverwaltung	Bundesverfassungs- gericht Fünf oberste Gerichtshöfe
Länder	Länderparlamente Landtage	Landesregierungen Länderverwaltungen	Landgerichte Arbeits- und Sozialgerichte
	Regionalverbände und Landkreise		Amtsgerichte
Gemeinden	Kommunalparlamente Stadt- und Gemeinderäte	Bürgermeister und Kommunalbehörden „Rathaus“	

Abbildung 1.06: Staatliche Gewaltenteilung.

In folgender Übersicht (Abbildung 1.07) sind beispielhaft Entscheidungen, Beschlüsse und Aktivitäten genannt, die wirtschaftspolitischen Bezug haben und auf den jeweiligen staatlichen Ebenen relevant sind. Nicht immer lassen sich die Fälle klar abgrenzen, denn oft sind mehrere staatliche Akteure in den Entscheidungsprozess involviert. Gesetze beispielsweise werden von der Exekutive initiiert, müssen dann aber von den jeweiligen Parlamenten „abgesegnet“ werden.

	Legislative	Exekutive	Judikative
Bund	Konjunkturpaket, Wachstumsbeschleunigungsgesetz	Konjunkturpaket Technologieoffensive	Urteil zur Pendlerpauschale und zu den Hartz-IV-Sätzen
Länder	Gründung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg	Wirtschaftsförderung Imagekampagne	Urteil zu Kündigungsfällen, z. B. bei Bagatelldelikten
Projekt ‚Stuttgart 21‘			
Gemeinden	Ausweisung von Gewerbegebieten	Wirtschaftsförderung Bauleitplanung	

Abbildung 1.07: Staatliche Gewaltenteilung und Praxisbeispiele.

1.3.1.2 Träger mit öffentlich-rechtlichen Entscheidungs-, Beratungs- und Informationsfunktionen

Parlamente, Regierungen und Gerichte sind die eigentlichen und originären staatlichen Institutionen. Wirtschaftspolitische Belange werden jedoch nicht allein von diesen staatlichen Institutionen im engeren Sinne wahrgenommen, sondern darüber hinaus von einer Vielzahl weiterer Institutionen mit öffentlich-rechtlichen Entscheidungs-, Beratungs- und Informationsfunktionen. Dazu gehören unter anderem folgende Institutionen:

- Bundeskartellamt
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundesbank
- Bundesversicherungsanstalten
- Die Industrie- und Handelskammern (IHK) und deren Dachorganisation ‚Deutscher Industrie- und Handelskammertag‘ (DIHK)
- Die Handwerkskammern und deren Dachorganisation ‚Deutscher Handwerkskammertag‘; Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
- Landwirtschaftskammern

Neben diesen Trägern mit Entscheidungsfunktion, lassen sich eine zunehmende Zahl von öffentlich-rechtlichen Institutionen finden, die zwar keine Entscheidungsgewalt ausüben, aber wichtige Informations- und Beratungsfunktionen wahrnehmen. Es handelt sich um staatliche Institutionen oder vom Staat eingesetzte und finanziell unterstützte Institutionen.

Sachverständigenrat: Zu nennen ist hier der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Die fünf Weisen“). Dieser Rat wurde 1963 gegründet und gibt jährlich im Herbst ein Jahresgutachten mit einer Bewertung der wirtschaftlichen Lage und daraus abgeleiteten Empfehlungen für die Bundesregierung heraus.

Wirtschaftsforschungsinstitute: Nicht zu verwechseln mit den „fünf Weisen“ sind die Wirtschaftsforschungsinstitute, die ebenfalls ein gemeinsames Gutachten zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft und entsprechende Empfehlungen veröffentlichen – die so genannte Gemeinschaftsdiagnose. Die aktuell daran beteiligten Institute sind das ifw, RWI, ifo und IWH (Stand 2010).

HWWI:	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (2006), ehemals HWWA: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (1908).
ifw:	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1914).
DIW:	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (1941), ehemals Institut für Konjunkturforschung (1925).
RWI:	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (1926).
ifo: ⁵	ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München (1949).
ZEW:	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim (1990).
IWH:	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1992).

Neben diesen öffentlich-rechtlichen Instituten finden sich auch private Wirtschaftsforschungsinstitute; eine exponierte Stellung nimmt hier das **Institut der Deutschen Wirtschaft e.V. (iw)** mit Sitz in Köln ein. Dieses 1951 gegründete Institut ist ein von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft getragenes Wirtschaftsforschungsinstitut.

1.3.1.3 Träger mit privatrechtlichen Entscheidungs- und Informationsfunktionen

Abschließend lassen sich Institutionen charakterisieren, die zwar privatrechtlich sind, aber wirtschaftspolitische Entscheidungs- und Informationsfunktionen ausüben. Zu diesen Trägern der Wirtschaftspolitik mit privatrechtlichen Entscheidungs- und Informationsfunktionen gehören die Unternehmer- beziehungsweise Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften.

a) Unternehmerverbände (Arbeitgeberverbände)

Im Mittelpunkt der Unternehmerverbände stehen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der Deutschen Industrie.

⁵ ifo steht für „Information und Forschung“.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA): Der BDA ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände mit Sitz in Berlin und vertritt die gemeinschaftlichen und sozialpolitischen Belange der Arbeitgeber, die über den Bereich eines Bundeslandes oder eines Wirtschaftszweiges hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI): Der BDI vertritt die Belange seiner Mitglieder in unternehmerischen Fragen und wurde 1949 als Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsverbände und der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Köln gegründet.

Neben diesen zwei bekanntesten Verbänden existiert eine große Zahl an weiteren Unternehmervereinigungen. Dazu gehören branchenübergreifende Verbände wie der Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW) und branchenspezifische Verbände wie der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA).

b) Gewerkschaften (Arbeitnehmerverbände):

Die zwei bekanntesten und größten Einzelgewerkschaften sind die IG Metall und ver.di mit jeweils über 2 Millionen Mitgliedern.⁶ Drittgrößte Gewerkschaft im Bunde ist die IG Bergbau, Chemie, Energie. Versammelt sind diese drei und weitere Gewerkschaften unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

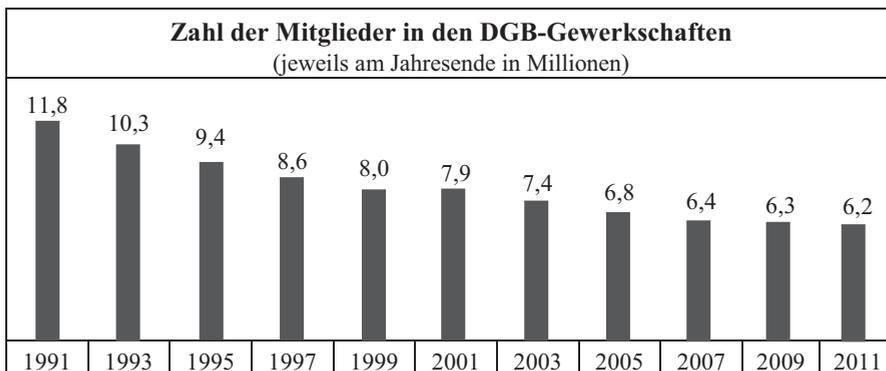


Abbildung 1.08: Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften.
[Quelle: DGB]

Was die Mitgliederzahlen angeht, musste der DGB in den letzten Jahren deutliche Rückgänge verzeichnen. Während 1991 noch 11,8 Millionen Mitglieder registriert waren, beläuft sich die Zahl im Jahr 2010 auf 6,26 Millionen (Abbildung 1.08).

⁶ ver.di steht für Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft und IG für Industriegewerkschaft.

c) Konzertierte Aktion und Bündnis für Arbeit

Konzertierte Aktion: Im Rahmen der Großen Koalition und der Ausgestaltung des Stabilitätsgesetzes im Jahr 1967 unternahm die Politik den Versuch, die Sozialpartner und oftmals Kontrahenten, also die Unternehmerverbände auf der einen Seite und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, an einen Tisch zu bringen. Die Tarifpartner sollten sich unter Regierungsbeteiligung kooperativer und weniger konkurrierend für gesamtwirtschaftliche Ziele einsetzen. Die Konzertierte Aktion war geboren.

Konzertierte Aktion

- Nach §3 des StabG (1967) versteht man unter Konzertierter Aktion ein zwischen den Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden abgestimmtes Verhalten zur Erreichung gesamtwirtschaftlicher Ziele.

Nachdem diese Konzertierte Aktion in den 70er Jahren gescheitert war, gab es in den 90er Jahren unter der Bezeichnung „Bündnis für Arbeit“ eine Neuauflage.

Bündnis für Arbeit: Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ wurde 1998 in Anlehnung an die Konzertierte Aktion gegründet und stellte eine Gesprächsrunde bestehend aus Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden dar. Ziel war, sich gemeinsam für den Abbau von Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Ausbildungsplätzen einzusetzen. Das Bündnis für Arbeit ist zwischenzeitlich „eingeschlafen“.

1.3.2 Europäische Union und supranationale Ebene

Von der nationalstaatlichen Ebene kommen wir nun zur nächst höheren Ebene, nämlich der supranationalen Ebene, und das ist in unserem Fall die Europäische Union.

Europäische Union: Supranational bedeutet von der Wortherkunft her „überstaatlich“. Die Europäische Union ist ein über den National- und Mitgliedstaaten stehender Staatenverbund. Im Unterschied zur internationalen Ebene, die potentiell die ganze Welt beinhaltet, ist die Europäische Union eben auf Europa bezogen.

Die politischen Hauptakteure der Europäischen Union sind der Ministerrat als Legislative, das Europäische Parlament als eingeschränkte Legislative, die Kommission als Exekutive und der Europäische Gerichtshof als Judikative. Zu beachten ist, dass diese Institutionen in Entwicklung sind und nicht die scharfe Gewaltenteilung aufweisen wie das auf nationalstaatlicher Ebene der Fall ist.

Europäische Zentralbank: Neben diesen politischen Institutionen ist für geld- und währungspolitische Belange vor allem eine Institution zu erwähnen, nämlich

die Europäische Zentralbank (EZB). Die Europäische Zentralbank nimmt eine enorm wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe wahr. Sie ist nämlich allein und unabhängig für die Geldpolitik verantwortlich.⁷

Europäische Institutionen:

- Europäisches Parlament
- Rat der Europäischen Union
- Ministerrat
- Europäische Kommission
- Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
- Europäischer Rechnungshof
- Ausschuss der Regionen
- Europäische Zentralbank (EZB)

Neben diesen allgemein wirtschaftspolitischen und geldpolitischen Trägern finden sich spezielle, industriepolitische Institutionen wie zum Beispiel die European Space Agency (ESA), also die Europäische Weltraumorganisation, oder das Airbus-Konsortium.

1.3.3 Internationaler Sektor

a) Vereinte Nationen

Die bedeutendste politische Institution auf internationaler Ebene ist die der Vereinten Nationen, engl. United Nations (Organization) – abgekürzt UN bzw. UNO. Die Vereinten Nationen werden von Ban Ki Moon geleitet. Der Südkoreaner ist der achte Generalsekretär, der dieses Amt innehat. Wenn es um „Krieg und Frieden“ geht, spielen die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Aufgabe und Ziel der Vereinten Nationen bestehen darin, zukünftige Generationen vor weiteren Kriegen zu schützen, die Menschenrechte zu wahren und zu diesem Zwecke die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt zu fördern.

Vereinte Nationen (UN):

- 1945 in New York von 51 Ländern gegründet
- 1979 Beitritt der Bundesrepublik Deutschland
- Mitgliederstand: 191 Staaten
- Aufgaben: - Einhaltung des Völkerrechts
- Schutz der Menschenrechte
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit
- Zielsetzung: Sicherung des Weltfriedens

⁷ Eine ausführlichere Beschreibung der Europäischen Zentralbank findet sich in Band II „Makroökonomie, Geld und Währung“, 2010, Kapitel 13.